

Ein Leuchtsignal der Republik?

Prinz Max von Baden und die Demokratie

Konrad Krimm

Als der Badische Landtag am 6. November 1929 zum ersten Mal in seiner neuen Wahlperiode zusammentrat, traf mitten in der Vormittagssitzung die Nachricht vom Tod des Prinzen Max von Baden ein; der Prinz war seit 1889 Mitglied der Ersten Kammer und von 1907 bis 1918 deren Präsident gewesen. Das „Haus“ erhob sich zu einem kurzen Nachruf des Landtagspräsidenten Eugen Baumgartner auf den Prinzen – mit Ausnahme der Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialisten, die demonstrativ den Saal im Karlsruher Ständehaus verließen; die Abgeordneten der Kommunisten blieben sitzen. Danach verhandelte der Landtag nach der Tagesordnung weiter, aber bei einem Antrag zur Geschäftsordnung am Nachmittag brach der Sturm los. Es sei bisher *Tradition in diesem Hause* gewesen, *sich – wenn man auch in politischer Beziehung noch so entschieden und scharf einander gegenübergestanden war – menschlich und gesellschaftlich dennoch nicht als Barbaren entgegenzutreten*, rief Emil Maier von der SPD nach rechts hinüber. *Wir haben uns dadurch schon in der Vorkriegszeit in wohlthuendem Gegensatz wenigstens zu manchen Parlamenten im Norden unseres Reiches befunden. Jetzt scheine sich das zu ändern. Heute hat es sich zum ersten Mal ereignet, daß man in diesem Hause der Hoheit des Todes nicht Reverenz erwies. Auf den kommunistischen Zwischenruf Ja, und wenn Ihr die Arbeiter zusammenschießt, habt Ihr da auch dem Tod die Reverenz erwiesen?* antwortete Maier, dass *unsere Fraktion – wie auch die Fraktionen anderer Parteien, die auf Anständigkeit Wert legen ... (Zwischenruf) ... in solchen Fällen keine Parteiunterschiede gemacht haben ... (Zwischenruf) ..., auch dann nicht, wenn es sich um Kommunisten handelte. Und wir werden einen solchen Unterschied auch nicht gegenüber Nationalsozialisten machen.* Die Demonstration am Vormittag dagegen sei *Zeichen einer politischen Verwilderung*. Walter Köhler, 1933 dann badischer Ministerpräsident, lehnte es kurzerhand ab, sich *mit der Sozialdemokratischen Partei über Takt und Anstand auseinanderzusetzen*, während Paul Schmitthenner den Auszug der DNVP damit wortreich verteidigte, *dass man sonst vielleicht etwas hätte anhören müssen, was der eigenen politischen Überzeugung widerspricht.* Auch ein Nachruf sei nun einmal ein politischer Akt, und so musste – und damit brachte er die Sache auf den Punkt – *gerade im Hinblick auf*

*eine politische Persönlichkeit wie die des Prinzen Max von Baden, die noch heute im Mittelpunkt des allerleidenschaftlichsten Parteikampfes steht, ... diese Erwägung für uns maßgebend sein.*¹ Angesichts der vielen Zwischenrufe und Vermahnungen des Landtagspräsidenten im Protokoll darf man sich die Szene tumultartig vorstellen. Das Gedenken an den Prinzen polarisierte. Der Landtagspräsident hatte am Vormittag von den guten Absichten des Prinzen bei der schwierigen Übernahme der Kanzlerschaft gesprochen und war fortgefahren: *Das furchtbar schreitende Schicksal unseres Volkes war aber stärker als sein Wille. Wir aber werden seine selbstlose und pflichtgetreue Hingabe an Volk und Land schätzen ...*² Tatsächlich war der Name des Prinzen aber zur aufreizenden Chiffre für die Niederlage und den Sturz der Monarchie, für Systemwechsel, für den „Dolchstoß“ und für die Revolution geworden.

Zugleich waren die Fronten abgesteckt: Der Prinz galt bei der extremen Linken als Vertreter eines bankrotten Regimes, dem die Bourgeoisie der Republik nachtrauerte, bei den Rechten als Vaterlandsverräter, der das schmähliche Kriegsende zu verantworten hatte. Die politische Mitte verhielt sich ehrerbietig bis zurückhaltend. Dass der Prinz als Kanzler gescheitert war, stand außer Frage, aber sein Wille zur Demokratisierung des Reiches und seine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien und der SPD bei Kriegsende waren noch im Gedächtnis. Als *Leuchtsignal der Republik* bezeichnete ihn immerhin ein Nachruf, der im Generalanzeiger für Dortmund erschien (das linksliberale Blatt wurde 1933 sofort beschlagnahmt, der Autor des Gedichts, Kunz von Kaufungen, emigrierte). Die Zeilen mischen beispielhaft Bewunderung und Skepsis, Distanz und Dankbarkeit:

*Der letzte –, er war nicht mehr zu retten.
Drum fiel er mit, als morsch das Alte brach.
Auch er trug an des Volkes schweren Ketten.
Wir folgten nach – –.*

*5 Wochen nur –, es gab viel schwere Stunden.
Er wollte weder vorwärts noch zurück –
Er war an das Vergangene gebunden
Und kam als Leuchtsignal der Republik! –*

*So sank er hin – ein Wanderer zwischen Welten –
Und zögernd blieb er an dem Kreuzweg stehn,
Bis ihn die Stürme des November fällten,
Die Uhr schlug zwölf –, der Mittler mußte gehen –!*

Prinz Max zog also sehr verschiedene Projektionen auf sich. Die Enttäuschung überwog; gerade die Linksliberalen, die Deutsche Demokratische Partei (DDP), hatten gehofft, ihn nach 1918 für ein Amt im Staat gewinnen zu können. Ein spätes Echo dieser Enttäuschung findet sich noch bei Lothar Machtan, dem modernen Biografen des Prinzen, der über dessen mögliche Chancen als eine Art Ersatzkaiser nachdenkt: Vielleicht, dass Niederlage und neuer, demokratischer Staat bei der breiten Bevölkerung mehr Akzeptanz erfahren hätten, wenn der Prinz in Berlin geblieben wäre und sich aktiv politisch eingebracht hätte – vielleicht, dass die Chancen Hitlers geringer gewesen wären.³

Kontrafaktisches Fragen kann kaum Antworten erhalten. Auch die Messlatte nach Erfolg und Misserfolg ist unzuverlässig, sie lässt sich sehr verschieden anlegen. Aber es gibt auch andere Fragestellungen. Der Prinz war in der monarchischen Regelwelt seiner Umgebung aufgewachsen – welche Denkmöglichkeiten besaß er, wie weit reichte sein Blickfeld? Veränderten sich seine Wertmaßstäbe? Wie verarbeitete er den politischen und militärischen Zusammenbruch des Kaiserreichs, welches Verhältnis fand er zu demokratischen Programmen, zur jungen Republik, zu den Extremen an deren Rand – und vor allem: Wie repräsentativ ist er für uns, welche Gruppen spiegelt der Diskurs, den er so intensiv pflegte?

Dass er in seinem geistigen Profil nicht leicht zu fassen ist, verraten schon die Porträts, die ihn auf sehr verschiedene Weise zeigen. Der konventionelle Habitus in Paradeuniform war für den Angehörigen eines regierenden Hauses im Kaiserreich unerlässlich (**Abb. 1**). Daneben gab es den ikonografischen Regelbruch, das Bild des uniformierten, aber in sich gekehrten Lesenden – das Foto (**Abb. 2**) diente Fridolin Dietsche als Vorlage für eine Bronzeplastik, die wohl nur für die eigene Lebenswelt, für den Schreibtisch gedacht war. Die „Erinnerungen und Dokumente“ von 1927 zeigten den Prinzen auf dem Vorsatzblatt in Zivil, als den Skeptisch-Nüchternen, der Rechenschaft ablegen will (**Abb. 3**). Ein noch späteres Porträt von Hans Adolf Bühler, entstanden wohl kurz vor dem Tod des Prinzen, entdeckte ihn als einen „Sehenden“; unter den dramatischen Umständen seiner Zeit – schwarz drohenden Wolken – blickt er in einer Lichteureole mit Klugheit und Würde zu einer helleren Zukunft (**Abb. 4**). Dass dieses letzte Porträt unbekannt blieb, entbehrt nicht der Ironie: Der Maler, ein Schüler des am badischen Hof sehr beliebten Hans Thoma, kannte und verehrte den Prinzen wohl zumindest schon seit den Kriegsjahren, stand selbst aber in den späten 1920er Jahren als entschieden



Abb. 1: (links) Prinz Max in der Uniform der Preußischen Gardekürassiere, um 1890 (Eigentum Haus Baden, Aufn. GLA Karlsruhe)



Abb. 2: (rechts) Prinz Max, 1907 (Eigentum Haus Baden, Aufn. GLA Karlsruhe)

antimodernistischer Künstler Otto Wacker nahe, dem späteren badischen NS-Kultusminister. Hier schließt sich für uns der Kreis zur Anfangsszene im badischen Landtag. Einen bei der Rechten so verfeimten Politiker wie Prinz Max zu porträtieren, glorios noch dazu, konnte nicht in die politische Landschaft passen – so blieb das Bild im Atelier Bühlers verborgen und schließlich vergessen, bis es 2017 auf Burg Sponeck für eine Werkmonografie Bühlers wieder „ausgegraben“ wurde.⁴

So unterschiedlich wie seine Porträts sind auch die Äußerungen des Prinzen über den Staat, über Parteien und Demokratie, über den badischen Landtag, den Reichstag und die führenden Politiker. Lebensalter wie Korrespondenzpartner bestimmten zumeist die jeweilige Tonlage. Aus den früheren Urteilen über die Auseinandersetzungen in Land- und Reichstag klingt noch der Kasino-Ton, wie ihn Wilhelm II. im Allgemeinen vorgab. Auch als sich Prinz Max seit Sommer 1917 die Forderungen seiner Berater nach inneren Reformen immer mehr zu eigen machte, schrieb er seinem Vetter, Großherzog Friedrich II., dass der innere Frieden *in Preußen mit dem mir höchst unsympathischen allgemeinen gleichen Wahlrecht erkaufte werden müsse*.⁵ In solchem Kontext scheint Demokratisierung



nur das Mittel zum Zweck, nicht das Ziel. Prinz Max verstand es allerdings, dies rhetorisch wirksam werden zu lassen, etwa, wenn er den berühmt-berüchtigten Satz des Kaisers vom Kriegsbeginn – *ich kenne keine Parteien mehr ...* in einer Rede vor dem badischen Landtag am 14. Dezember 1917 umdeutete: der *echte Burgfrieden* fordere *das ernste Gespräch* miteinander und das *Kaiserwort* sei *so zu fassen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche.*⁶ Damit erkannte er die Grundbedingung der Demokratie an, die Meinungsvielfalt und den Zwang, erst über den Diskurs zum Kompromiss zu finden. Mochte er sich dieser Einsicht zunächst widerwillig genähert haben – als er im Oktober 1918, kurz nach seinem Regierungsantritt, die militärische und politische Lage zum ersten Mal wirklich überblickte, sah er in einem Moment des apokalyptischen Erschreckens keinen anderen Ausweg aus der Katastrophe, als *Deutschland zu einem Volksstaat umzumodeln.*⁷

Zwischen diesen beiden extremen Positionen – dem unbedingten Festhalten am Obrigkeitsstaat und dem radikalen Bruch mit der Monarchie – gab es freilich allmähliche Übergänge, Annäherungen an ein neues Denken, so wie Prinz Max ja einerseits keineswegs zu den Paladinen des Kaisers zählte,

Abb. 3: (links) Prinz Max, um 1925 (Eigentum Haus Baden, Aufn. GLA Karlsruhe)

Abb. 4: (rechts) Hans Adolf Bühler, Porträt Prinz Max von Baden, wohl 1929 (Eigentum Förderverein Stadtgeschichte Karlsruhe, Aufn. Reinhard Morgenstern)

sondern ihm distanziert bis ablehnend gegenüberstand, ihm andererseits aber auch die endgültige Aufgabe der monarchischen Tradition letztlich undenkbar schien: Seine Einsicht vom Oktober 1918 wollte er später nicht mehr wahrhaben, zumindest war sie der Öffentlichkeit nicht zuzumuten und wurde bei der Redaktion der „Erinnerungen“, die 1927 erschienen, aus dem Text gestrichen. Für den Zwischenbereich, das langsame Eingehen auf die Forderungen der Parteien im Reichstag, wurden die Kontakte zu einzelnen Abgeordneten der Liberalen, der Sozialdemokraten und auch des Zentrums immer wichtiger.

Den Weg zur SPD, der wichtigsten politischen Kraft am Ende des Krieges, scheint ihm ein Offenburger gebahnt zu haben, Anton Fendrich (1868–1949). Fendrich selbst betrachtete sich wohl als sozialdemokratisches „Urgestein“; ein Porträt August Rumms von 1915 zeigt ihn so, wie ein Offenburger Sozialdemokrat in der Nachfolge des Übervaters Adolf Geck auszusehen hatte: mit wildem Haar, Vollbart und nachlässiger Kleidung, gemalt in furios-dickem Pinselstrich, der sonst nicht Rumms Sache war,⁸ aber hier offenbar unerlässlich (**Abb. 5**). Dabei stand Fendrich eher am Rand seiner Partei. Ihm war vor allem die Überbrückung der Kluft zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie wichtig, und in seiner Vorstellung vom Volksganzen fand er durchaus Zugang zum Burgfriedensprogramm des Kaisers. Wie Prinz Max stand er im Bann von Johannes Müller, dem Propheten auf Schloss Mainberg bzw. – seit 1916 – auf Elmau, und dessen Harmonisierungsentwürfen für Individuum und Gesellschaft. Bei Müller hatten sich der Prinz und Fendrich kennengelernt, und wenn Fendrich in einem Brief an Prinz Max die *Verinnerlichung der Menschheit* und ihrer *Erhebung zum Bewußtsein der Gotteskindschaft* herbeisehnte, war das zugleich Müllersche Diktion.⁹

Prinz Max bahnte Fendrich den Weg zu Wilhelm II., von dem Fendrich annahm, dass er nun endlich – im Oktober 1918! – die *Schleusen der Volkskraft* öffnen werde; freilich sah auch Fendrich klar genug, dass die katastrophale Rede des Kaisers vor den Essener Stahlarbeitern vom 12. September 1918 durch ihre *patriarchalischen Formen der Sprache ... den gegenteiligen als erhofften Eindruck gemacht* hatten. Fendrich wies Prinz Max aber auch auf Friedrich Ebert als den wichtigsten Exponenten der SPD im Reichstag hin und empfahl dessen Einbindung in die Reichsregierung. Im Kabinett nahm dann zwar – zur Enttäuschung des Prinzen – Philipp Scheidemann den Platz ein, der für Ebert vorgesehen war, aber das Vertrauen in Ebert war bei Prinz Max doch so groß, dass er seinem Karlsruher Vetter aus Berlin berichten konnte: *Gottlob, daß ich in der Sozialdemo-*

*kratie Männer an meiner Seite habe, auf deren Loyalität wenigstens gegen mich ich mich vollkommen verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich im Stande sein, den Kaiser zu retten, welche Ironie des Schicksals.*¹⁰

Dass Prinz Max keine ausgeprägten „Berührungsängste“ gegenüber der Linken besaß, mochte an den Erfahrungen in Baden liegen, wo die „Großherzoglich badische Sozialdemokratie“ auch vor dem Krieg kompromissbereiter war als auf Reichsebene und zugleich die Regierung die Beteiligung der gemäßigten Sozialdemokraten am „Großblock“ im Landtag (mit Freisinnigen und Demokraten) als Mehrheitsbeschaffer schätzte.

Die vorsichtigen Kontakte des Prinzen über Kurt Hahn zu Labour und der Union of Democratic Control während des Krieges waren anderer Art; hier überwog wohl das taktische Interesse am propagandistischen Zugang zur öffentlichen Meinung im Lager des Gegners. Eine gewisse Wirkung entwickelten diese Verbindungen erst nach dem Krieg, in den Diskussionen um Kriegsschuld, Besatzungstruppen und Ernährungslage in Deutschland; Prinz Max konnte sich trotzdem nicht dazu überwinden, das Angebot enger Kooperation der Union of Democratic Control mit seiner *Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts* aufzunehmen.¹¹

Leichteren Zugang fand der Prinz zu den Liberalen, in Baden zu Ludwig Haas, dem späteren badischen Innenminister, in Württemberg zu Conrad Haussmann und Friedrich Payer. Alle drei waren profilierte Reichstagsabgeordnete; Prinz Max übernahm Payer als Vizekanzler aus dem Kabinett seines Vorgängers, Graf Georg von Hertling, und konnte Haussmann als Unterstaatssekretär in seine unmittelbare Nähe ziehen. Die meiste Übereinstimmung bestand wohl schon seit Sommer 1917 in der Ablehnung der überholten Kriegsziele. Wie sehr sich Prinz Max auch mit dem innenpolitischen Reformprogramm der Liberalen identifizieren konnte, ist schwer zu bestimmen; wegen seiner Erkrankungen regierte sein Kabinett, das aus den Spitzenpolitikern des „Interfraktionellen Ausschusses“ der Mehrheitsparteien im Reichstag besetzt war, zeitweise auch ohne ihn. In ihrer Tendenz wegweisend wurden die Reformgesetze vom 28. Oktober 1918: Abgeordnete konnten nun als Staatssekretäre in die Regierung eintreten, der Reichstag



Abb. 5: Oskar Rumm, Porträt Anton Fendrich, 1915 (Privatbesitz, Aufn. Michael Fendrich)

entschied über Krieg und Frieden und konnte den Kanzler, der dem Reichstag gegenüber verantwortlich war, durch einen Misstrauensantrag stürzen. Entsprach diese Parlamentarisierung der Reichsregierung den Überzeugungen des Prinzen? War sie notwendiges, taktisches Zugeständnis eines Konservativen, der sich noch vor nicht langer Zeit mit seinem Freund Houston Steward Chamberlain in der Ablehnung westlicher Demokratie einig war (wie sie etwa auch Thomas Mann in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ publikumswirksam verbreitet hatte)? Eine unverdächtige Zeugin, die den Prinzen gut kannte, ist für uns seine Cousine, Königin Viktoria von Schweden. Noch 1915 hatte Prinz Max mit ihrer energischen Hilfe versucht, das neutrale Schweden auf die Seite der Mittelmächte zu ziehen. Damit waren beide gescheitert; als Viktoria nun, 1918, von der Ernennung ihres Vettters zum Reichskanzler hörte, sprach sie – als überzeugte Anhängerin von Gottesgnadentum und Kaiserhaus – gegenüber Sven Hedin verächtlich von der Zeit der Kompromisse, die unter Max anbrechen werde¹² (und es sollte viele Jahre dauern, bis es wieder zu Kontakten zwischen beiden kam). Hielt man den Prinzen also von konservativer Seite aus für zu nachgiebig gegenüber den Demokraten, so verdächtigte man ihn auf der Seite der Entente im Gegenteil als Falschspieler, der der Welt ein endlich demokratisiertes Deutschland vorzaubern wollte: Zwei Tage nach den Reformgesetzen vom 28. Oktober erschien im „Punch“ die Karikatur eines *Max Antony*, dessen Rede an der Bahre des angeblich verbliebenen Kaisers von diesem spöttisch als *rotten play* entlarvt wird (**Abb. 6**). Dem Prinzen werden die Shakespeare-Worte in den Mund gelegt *I come to bury Caesar, not to praise him* – dass er nur wenige Tage später durch die eigenmächtige Verkündung der Abdankung Wilhelms II. genau diese Rolle tatsächlich übernehmen sollte (und aus monarchistischer Sicht auch gleich noch die des meuchelnden Brutus dazu), gehört zu den grotesken, wenn auch für den Karikaturisten unvorhersehbaren Begleitumständen beim Zusammenbruch der Monarchie.

Befremdlich bis grotesk, zumindest unreal wirken 100 Jahre später auch die Proklamationen des 9. November 1918, mit denen Prinz Max und Friedrich Ebert die Übertragung der Kanzlerschaft auf Ebert und das Fortbestehen der Monarchie, wenn auch in unklarer Form, sichern wollten. Für die Beteiligten war es der verzweifelte Versuch, dem Staatsstreich eine legale Plattform unterzuschieben, so fiktiv diese Legalität auch sein mochte. Es ist leicht, Prinz Max fehlenden Mut vorzuwerfen und die Revolution als deutsche Farce hinzustellen, die

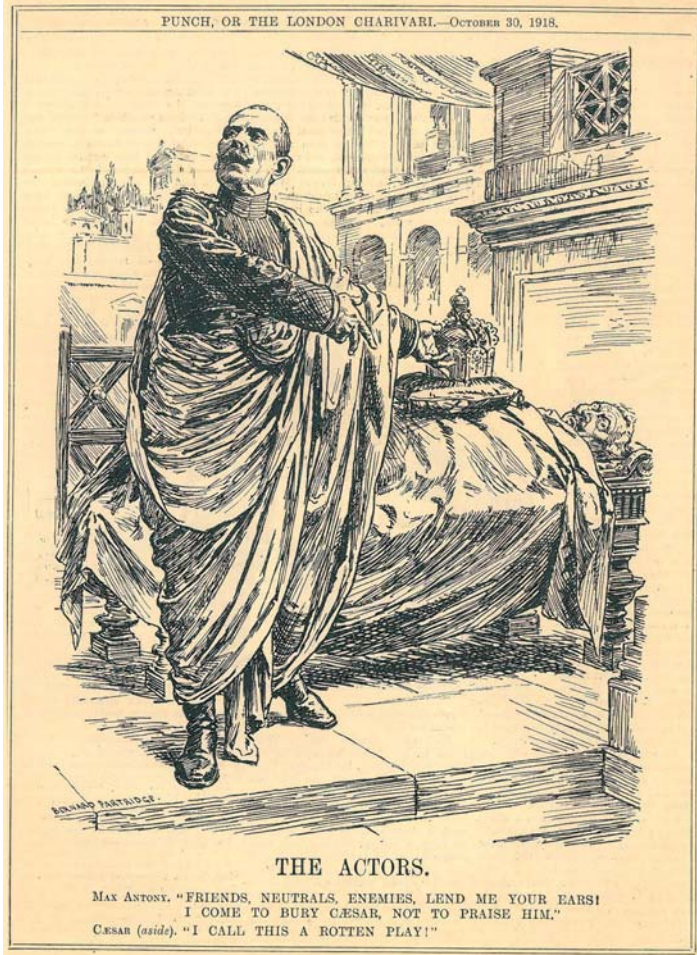


Abb. 6: Prinz Max als Marc/Max Anton, *Punch*, 28. Oktober 1918 (Aufn. Badische Landesbibliothek)

kaum ernst zu nehmen war. Prinz Max hatte vielleicht an eine Reichsverweserschaft an Stelle eines Kaiserenkels gedacht, es dann aber offensichtlich als zu ungeheuerlich empfunden, sich diese Rolle selbst zuzuschreiben; bei seiner Rücktrittserklärung nahm er sich vollständig zurück. Und sein Kabinett hatte intensiv das Szenarium eines drohenden Bürgerkriegs, Kämpfe zwischen loyalen und revolutionären Truppen auf Befehl der Reichsregierung diskutiert. Das erschien nach mehr als vier Jahren Krieg mit einer noch nie dagewesenen Zahl von Toten unvorstellbar; einen Schießbefehl lehnte das Kabinett ausdrücklich ab. Überschätzte der Prinz und Reichskanzler also, indem er aufgab, die revolutionäre Kraft maßlos? Die Revolu-

tion, die man kannte, war die russische; sie galt als Maßstab des Schreckens, der zu erwarten war – das ex post als Fehleinschätzung zu werten, mag bequem sein.

Prinz Max hat seinen Rücktritt und dessen Umstände allerdings später selbst umgedeutet. Auf die Bemerkung eines Historikers, dass im November 1918 nur die Republik übrig geblieben sei, um die Einheit des Staates zu erhalten, antwortete er gereizt: *Die Einheit des deutschen Reiches war am Ende des Weltkrieges weder durch den Geist der Soldaten noch durch die Enge der Fürsten bedroht, im Gegentheil, beide waren die stärksten Stützen der Einheit des Reichs. Das beweist schon das Jahr 1914 und dann meine Uebernahme der Kanzlerschaft. Die aus ihr erwachsene Einheit ist fast zerstört worden durch die Revolution und durch die Republik in einem Lande, in dem mehr als die Hälfte seiner Einwohner Monarchisten waren. Die Republik hat mühsam zusammenflicken müssen, was ihr Erscheinen selbst zu sprengen drohte. Dass ihr das glückte, dankt sie wiederum der patriotischen Zurückhaltung der deutschen Fürsten. Wenn sie selbst die Sache anders darstellt, so schmückt sie sich mit fremden Federn.*¹³ Hier postulierte der Prinz Wahlfreiheit für den historischen Augenblick, an dem mit dem Rückhalt einer loyalen Bevölkerungsmajorität auch die Erhaltung der Monarchie denkbar gewesen sei; seine – freilich verzweifelte – Einsicht von Mitte Oktober 1918 gerade in die Ausweglosigkeit der monarchischen Tradition, in die Notwendigkeit, einen *Volksstaat* zu schaffen, war in den Hintergrund gerückt.

Auch wenn Prinz Max sich selbst letztlich als Monarchisten verstand: Für den Übergang zur Republik hatte seine Kanzlerschaft entscheidende Weichen gestellt. Die Parteien, die in seinem Kabinett Zugang zur Regierungsverantwortung erhalten hatten, wurden zu den Trägern des neuen, demokratischen Staates, ihre Repräsentanten waren auch im Rat der Volksbeauftragten vertreten, der die Regierung des Prinzen Max ablöste. Wie sehr manche dieser Politiker der alt/neuen Parteien den Prinzen schätzten, lässt sich an den Versuchen ablesen, ihn für ein Amt im neuen Staat zu gewinnen. Vor allem Vertreter der linksliberalen DDP, der Deutschen Demokratischen Partei (früher Fortschrittliche Volkspartei), blieben auch nach dem Umsturz in engem Kontakt mit Prinz Max, sei es, dass sie wie der badische Kultusminister Hermann Hummel ihr Regierungshandeln ausführlich erklärten, sei es, dass sie seinen Wandel zum Vernunftrepublikaner erhofften wie der badische Innenminister Ludwig Haas; Haas – den Prinz Max außerordentlich schätzte – schlug dem Prinzen 1919 auch die Kandidatur zur Nationalversammlung vor. Nicht übersehen werden

darf dabei, dass solche Bindungen nicht nur die Gesprächssoffenheit des Prinzen belegen, sondern auch seine Partner in Abhängigkeit von ihm brachten. Bei der Kampagne zur Fürstenteignung von 1926 etwa neigte die DDP durchaus dazu, die Enteignung von Fürstenvermögen zu befürworten. Sie beugte sich aber einem Veto von Ludwig Haas, der im Vorstand erklärte, dass er unmöglich ältere Versprechungen an das badische Fürstenhaus missachten könne; für den Volksentscheid stellte die Partei dann ihren Mitgliedern das Votum frei, da eine entschädigungslose Enteignung von Privatvermögen zugleich gegen die Verfassung verstoße.¹⁴

Der eindringlichste Versuch, Prinz Max zum Republikaner zu wandeln, ging aber nicht von der DDP aus, sondern erstaunlicherweise von einem Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei – dem bayerischen Zentrum –, dem unterfränkischen Adam Röder, der als Herausgeber der „Süddeutschen Conservativen Correspondenz“ in Karlsruhe schon seit 1917 immer wieder den Kontakt zum Prinzen suchte; der Prinz unterstützte die „Correspondenz“ finanziell. Der Briefwechsel im Nachlass des Prinzen¹⁵ hat dabei den Vorzug, auch z. T. dessen Antworten zu enthalten, sodass wir die Ansichten des Prinzen nicht nur zu rekonstruieren haben. Röder hatte dem Prinzen sein neues Buch geschickt, mit dem er den Weg des Zentrums von der Monarchie in die Republik verteidigte.¹⁶ Er bemühte sich, den Prinzen in diesen Prozess des Umdenkens miteinzubeziehen: *Ich meine, wenn ein Mann fürstlichen Herkommens und von dem großen politischen Credit, den Ew. Hoheit in der Öffentlichkeit genießen, sich offen und frei auf den republikanischen Standpunkt stellen würden, so wäre das eine Aktion von säkularer Bedeutung und einer weltgeschichtlichen Aktualität, die um die Stirne des Prinzen eine unvergängliche Gloriole zöge. ... [Ich] bitte, mein Anliegen so aufzufassen, wie es gemeint ist: den Prinzen Max von Baden im besten Sinne des Wortes national zu popularisieren und zu einem Faktor demokratischer deutscher Entwicklung werden zu lassen (11.11.1925).*

In seiner Antwort wollte der Prinz eine Alternative von Monarchie und Demokratie jedoch nicht gelten lassen: *Sie bringen Demokratie und Monarchie in einen Gegensatz, der tatsächlich nicht vorhanden ist. Sie sagen, die Monarchie habe das Reich Gottes nicht zu verwirklichen verstanden. Wo in aller Welt ist eine Republik, die dies erreicht, oder nur versucht hätte? Wir haben den Sieg der westlichen Allianz, die unter der republikanischen Führung Frankreichs und Amerikas stand, erlebt, und mit ihm das Fiasko aller christlichen und politischen Moral in Versailles ... Wenn Sie mein Buch gelesen haben werden (die „Erinnerungen und Dokumente“, an*

denen Prinz Max seit Kriegsende arbeitete, erschienen dann (1927), so werden Sie wohl selbst zu der Überzeugung kommen, dass es nach dem Kampf, den ich als Kanzler für die Rettung der Monarchie und gegen die Revolution geführt habe, charakterlos und wenig geschmackvoll sein würde, wenn ich mich nun selbst desavouieren wollte. Gerade indem ich mich für die Demokratisierung unserer Regierungsformen eingesetzt habe, habe ich die Linie gezogen, über die hinauszugehen, ich nicht für richtig fand (24.11.1925).

Selbst nach dieser unmissverständlichen Absage gab Röder aber nicht auf und versuchte, den Prinzen mit dessen eigenen früheren Worten zu widerlegen: *Aus dem Umstand, daß Hoheit die Kanzlerschaft dazu ausersahen, der Monarchie festen Boden zu bereiten, kann nicht gefolgert werden, daß Sie jetzt noch den monarchischen Standpunkt moralisch zu vertreten verpflichtet sind.* Röder sei während des Krieges durchaus Monarchist gewesen und habe eine Zeitschrift „Die Krone“ herausgeben wollen; der Prinz habe aber die Mitwirkung an dieser Schrift mit der Begründung abgelehnt, *„daß die Sache der Monarchie aussichtslos sei“*, diese Ihre Äußerung habe Röder damals mit großer Betrübnis und mit Protest aufgenommen. Jetzt dagegen sei der monarchische Gedanke im industrialisierten und proletarisierten Deutschland wirklich aussichtslos und werde nur noch von Reaktionären plakativ für andere Zwecke verwendet. *Darum hatte ich geglaubt, daß ein so weitsichtiger und die Imponderabilien richtig einschätzender Politiker wie Ew. Hoheit, sich die republikanische Idee würde assimilieren können. Sintemalen ich erfahren mußte, daß die sog. Monarchisten in Nord und Süd Ihre erbittertsten Feinde waren – Feinde, die vor keiner Verläumdung und Beleidigung, wenn es sich um Ew. Hoheit handelte, zurückschreckten. Damen aus der guten Gesellschaft Norddeutschlands nannten Sie einen Bolschewisten; Deutschnationale Männer aus dem Süden und Mitteldeutschland betrachteten Sie als den „eigentlichen Bahnbrecher der Revolution“, wie ja, nach norddeutsch-preußischer Auffassung, alles Unglück für Deutschland „aus dem Süden“ kommen soll! Dagegen habe ich aus republikanischen und demokratischen Kreisen nur Gutes über Person und politische Wirksamkeit Ew. Hoheit gehört. Auf einigen Widerstand bin ich in Zentrumskreisen gestoßen, als ich Ew. Hoheit für die Reichspräsidentschaft zu lanzieren suchte (15.1.1926).*

Wir wissen nicht, wie ernst gemeint Röders Versuch gewesen war, den Prinzen bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 ins Spiel zu bringen – so wenig wir wissen, wieweit Prinz Max sich selbst an diesen Überlegungen beteiligt hatte. Röder hatte Anfang 1925 – noch vor Friedrich Eberts überraschendem Tod – vorsichtig bei Kurt Hahn, dem Sekretär des Prinzen, angefragt: *Wie ist es mit dem Prinzen als Reichspräsidenten-Kandidat? Er*

*müßte sich freilich als Republikaner und Demokrat bekennen. Glauben Sie, daß es Werth hat, wenn ich in diesem Sinne an ihn schreibe? Sondiren Sie und lassen Sie mich das Ergebnis wissen.*¹⁷ Hahn antwortete verschlüsselt (*die in Ihrem Schreiben berührte Angelegenheit*) und hinhaltend. Prinz Max selbst hatte sicher wenig Neigung, sich ein zweites Mal als „Wunschloser“ in Planspiele einzubringen – wie in der Zeit vor der Kanzlerschaft –, verhinderte aber offenbar auch nicht, dass Röder aktiv wurde, sonst hätte Röder später nicht so offen davon sprechen können. Dass dann die Präsidentschaft Hindenburgs in der jungen Republik langfristig eine Wende nach rechts bedeutete, umschrieb Röder präzis: *Die Situation ist auf rückwärts eingestellt.*¹⁸

Die Programme der Reaktionäre bzw. der extremen Rechten betrachtete Prinz Max mit Abscheu. Er war darüber besser informiert als die Öffentlichkeit. Aus der Zeit seines Protektorats der badischen Pfadfinder kannte er deren badischen Landesobmann Hermann Kuenzer, der – zugleich Mitglied der DDP – 1920 zum Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung ernannt wurde; Kuenzer versorgte den Prinzen mit den Berichten zum Links- und Rechtsextremismus, und in ihrer Korrespondenz tauschten beide ihre politischen Befürchtungen aus. Im März 1923 drängte der Prinz, dass *gegen die Rechtsradikalen ... das Wort „Vaterlandsverräter“ vom Regierungstisch fallen müsse. Die Regierung habe das Recht und die Pflicht, die schärfsten Töne gegen die reaktionären Störenfriede zu finden. Ich erinnere Sie noch einmal daran, dass Sir Basil Thomsen (ein englischer Geheimdienst-Offizier) hier Ihnen gegenüber die Waffe der Oeffentlichkeit für noch wirksamer als die Tanks erklärt hat. Für den Fall, dass die Herren Minister sich selbst scheuen, diese öffentlichen Waffen zu führen, so bleibt immer noch übrig, dass Sie rein berichtend als Kommissar der Regierung im Reichstag eine warnende Tatbestandsaufnahme öffentlich machen.*¹⁹ In der Überzeugung des Prinzen von der Beeinflussbarkeit und der Wirkungskraft der öffentlichen Meinung schwingt noch viel mit vom Glauben an Kriegsführung durch Propaganda, von dem vor allem Kurt Hahn aus seiner Zeit als Pressereferent bei der OHL wie besessen war. Kuentzer war hier skeptischer; er leitete zwar den Brief des Prinzen an Reichskanzler Cuno weiter, meinte aber, dass für *Propaganda ... leider der Deutsche wenig Verständnis habe. Hinzu komme die Passivität der Exekutive: Gerade die Duldung der Bayerischen Regierung gegenüber den Hitler'schen Sturmtrupps und die Tatsache, dass diese ganz offen unter den Augen der Bayerischen Regierung Felddienstübungen abhalten, macht es der Reichsregierung ausserordentlich schwer, in Mitteldeutschland gegen die gleichen Erscheinungen auf der linken Seite –*

nämlich die Arbeiterwehren – vorzugehen.²⁰ Das war ein halbes Jahr vor dem Hitler-Putsch; auf den Eklat selbst reagierte Prinz Max mit einem offenen Brief an Friedrich Ebert, einem *Appell an den Reichspräsidenten*, in dem er eine Art Präsidialdiktatur zur Rettung des Staats u. a. vor den Angriffen von rechts forderte. Auch wenn Prinz Max die reale Gefahr im Moment offenbar überschätzte, dürfte ihm die langfristig zerstörerische Kraft von Demagogie bewusst gewesen sein. Seine Hellhörigkeit war hier freilich auch geschärft durch die Verstrickung Ludendorffs – seines Hauptkontrahenten in der Kanzlerzeit – in den Hitler-Putsch und die Angriffe der nationalsozialistischen Presse auf die Schule in Salem und den Prinzen als *Judenfreund*.

Dagegen war dem Prinzen die Sehnsucht nach einem „Führer“ keineswegs fremd; dass dereinst ein „starker Mann“ – der er selbst nicht hatte sein können – Deutschland aus dem politischen Labyrinth und den wirtschaftlichen Katastrophen führen würde, hoffte auch er – hierin sicher Repräsentant eines großen Teils der Bevölkerung. Das späte Porträt Hans Adolf Bühlers, von dem anfangs die Rede war, stellte mit einfachen malerischen Mitteln diese diffuse Hoffnung dar. Bühler verwendete sowohl das Motiv der drohenden Wolken mit durchbrechendem Licht wie den „Seher-Blick“ in die Ferne häufig. Oft galt dieser Blick den Irredenta im Westen, den verlorenen Vogesen; beim Prinzen-Porträt ist er in eine hellere Zukunft gerichtet. Sicher mit Zustimmung Bühlers hat Joseph August Beringer 1931 in einer Monografie zu Bühlers Werk diese Interpretation ausgebaut, ja regelrecht zur deutschen Geschichtsdeutung umgeformt. Bühler hatte Prinz Max 1916 zu dessen Geburtstag eine kleine Zeichnung im Stil Hans Thomas gewidmet, einen in geschlossener Knospe verwahrten Genius, der – wie es Gedichtzeilen darunter umschreiben – die Stürme der Kriegszeit gesichert übersteht und auf den Erlöser wartet. Dieses eher freundlich-harmlose Freundschaftszeichen wurde nun, 1931, um einige martialische Gedichtzeilen erweitert und als *Deutscher Glaube* übertitelt; der Prinz, so heißt es, habe während seiner traurigen Kanzlertage 1918 *kummervoll* Bühler geschrieben und habe von diesem das Bild und die Verse, den Glauben an die deutsche Zukunft, erhalten, eine Antwort, *die ihn wahrhaftig aufrichtete*.²¹ Das Prinzenporträt wurde damit zur Chiffre deutscher Zukunftshoffnung im dramatischen Weltgeschehen, wobei der Maler sicher die Republik von „Weimar“ als Teil der düsteren Gegenwart verstand.

Prinz Max hatte dagegen mit „Weimar“ wohl durchaus seinen Frieden geschlossen; die empörte Ablehnung des Versailler Vertrags – und diese Ablehnung schloss die deutschen Politiker,

die diesen Vertrag unterzeichnet hatten, ja ein – war seit der Mitte der 1920er Jahre der ruhigeren Einsicht gewichen, dass es politisch keine Alternative zur Akzeptanz des Vertrags gegeben hatte. Was ihn an der Republik irritierte, war eher die politische Vielstimmigkeit. Eine Ordnung, die sich ständig neu regulieren musste, wirkte verstörend auf die Generation, die in einer Welt gegebener Ordnungen aufgewachsen war. Die Ablehnung des vom Parteiendiskurs geprägten Staates bedeutete für diesen Staat eine schwere Hypothek. Trotzdem galt der Prinz als *Leuchtsignal der Republik*: Er war in einem ungewöhnlichen Maß offen gewesen für ihm fremde Meinungen und war auf dem Weg der Demokratisierung so weit gegangen, wie es ihm möglich war. Basis dafür war ihm seine wohl ausgeprägte Fähigkeit, auf menschliche Bedürfnisse einzugehen, sagen wir: seine Humanität. Dass Humanität 1933 nicht immer auch sicheres Urteil bedeutete, ist genügend bekannt – aber diese Prüfung blieb ihm erspart.

Anmerkungen

- 1 Verhandlungen des Badischen Landtags, IV. Landtagsperiode, 1. Sitzungsperiode, Protokollheft II, Karlsruhe 1930, S. 26–30. Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags vor dem Historischen Verein für Mittelbaden in Offenburg am 30. November 2017. Zu Quellen und Literatur vgl. Konrad Krimm (Hg.), *Der Wunschlose. Prinz Max von Baden und seine Welt*, Stuttgart 2016; Ders., *Prinz Max von Baden. Reichskanzler*, in: *Lebensbilder aus Baden-Württemberg XXV*, Stuttgart 2018, S. 328–359.
- 2 Verhandlungen (wie Anm. 1), S. 15.
- 3 Lothar Machtan, *Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs*, Darmstadt 2018; vgl. als 1. Aufl. Ders., *Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers*, Berlin 2013.
- 4 Vgl. Christina Soltani, Hans Adolf Bühler, Lindenberg 2017, Werkverzeichnis Nr. 743. Das Porträt wird künftig im Karlsruher Museum für Stadtgeschichte im „Prinz-Max-Palais“ gezeigt.
- 5 7. Juli 1917, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), FA-N 5842.
- 6 GLA 69 Baden, Salem-15 Nr. 556.
- 7 15. Oktober 1918, an Großherzog Friedrich II. von Baden, GLA FA-N 5843.
- 8 Vgl. Otto Gillen, Er zeichnete das Gesicht der Zeit. Zum Gedenken an den badischen Maler August Rumm, in: Ekkhard 1974, S. 72–77. Zu Fendrich zuletzt: Martin Stingl, *Der einsame Patrouillengänger. Anton Fendrich (1868–1949)*, in: K. Krimm, *Der Wunschlose* (wie Anm. 1), S. 126–133.
- 9 1. Oktober 1918, GLA FA-N 6003, hier auch die folgenden Zitate. Zu Müller: Harald Haury, *Von Riesa nach Schloss Elmau. Johannes Müller (1864–1949) als Prophet, Unternehmer und Seelenführer eines völkisch naturfrommen Protestantismus*, Gütersloh 2005.
- 10 15. Oktober 1918 (wie Anm. 7).
- 11 Diese sog. Heidelberger Vereinigung, 1919 von Prinz Max im Haus Max Webers gegründet, setzte sich vor allem mit dem Versailler Friedensvertrag auseinander.
- 12 12. Oktober 1918, Nachlass Sven Hedin im Schwedischen Reichsarchiv/Riksarkivet, Stockholm, frdl. Hinweis von Anders Jarlet/Lund.
- 13 Undatiert, vielleicht 1926, erhalten als abschriftlicher Auszug in GLA FA-N 6068. Hermann Oncken, der dem Prinzen als Historiker nahestand, dürfte als Empfänger nicht in Betracht kommen.

- 14 Vgl. die Vorstandssitzung vom 20. Mai 1926, in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien III. 5: Linksliberalismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1980, S. 399.
- 15 GLA FA-N 6085.
- 16 Der Weg des Zentrums, Berlin 1925. Die folgenden Zitate aus GLA FA-N 6085.
- 17 22. Januar 1925, GLA FA-N 5939, hier auch die Antwort Hahns vom 30. Januar.
- 18 An Kurt Hahn, 18. Februar 1926, ebd.
- 19 2. März 1923, GLA FA-N 6034.
- 20 An Prinz Max, 9. März 1923, ebd.
- 21 J. A. Beringer, Hans Adolf Bühler, Karlsruhe 1931, S. 144. Die Korrespondenz Bühlers aus der Zeit vor seinem Umzug nach Sponeck 1931 ist in seinem Karlsruher Haus im Krieg verbrannt. Im Nachlass des Prinzen Max findet sich keine Korrespondenz, nur der Geburtstagsgruß Bühlers von 1916 (GLA FA-N 6139).